

## SED bereut ihre Selbstkritik

„Entfaltung der Demokratie“ soll über „Nationale Front“ erfolgen

Viele Anzeichen deuten darauf hin, daß die SED ihre gewiß nicht allzu offenerzige „Selbstkritik“ von der vergangenen Parteikonferenz bereits wieder bereut und rückgängig zu machen versucht. Unter dem Vorwand, „feindliche Elemente“ hätten die von der Partei selbst geübte Kritik zu Angriffen auf den Staatsapparat und leitende SED-Führer mißbraucht, versucht man jetzt, Dinge wie die damals eingestandene Rechtsunsicherheit und Fälle offenkundiger Mißwirtschaft zu verleugnen und zu bagatellisieren. Auch die von dem SED-Funktionär Jendretzky gebildete „Kommission zur breiten Entfaltung der Demokratie“ hat einen vollen Rückzug angetreten. Indem man sich einigte, daß diese Kommission künftig reine Parteiangelegenheiten bearbeiten wird, hat man alle hier die Bevölkerung interessierenden Fragen kurzerhand der — „Nationalen Front“ übertragen...

Wer auf die Jendretzky-Kommission ohnehin keine Hoffnung setzte, mag mit etwas ähnlichem gerechnet haben. Aber was in den letzten Wochen tatsächlich vorgegangen ist, dürfte selbst hartgesottene Pessimisten erschüttern.

Unmittelbar nach der Parteikonferenz setzte aus kommunistischen und Bevölkerungskreisen ein Ansturm auf die neugebildete Kommission ein. Zehntausende von Briefen schilderten Unrechtsfälle und Übergriffe der kommunistischen Staatsapparate. Eine erschütternde Statistik diktatorischer Herrschaft breitete sich vor den Adressaten aus.

### „Adresse unbekannt“

Die Mehrzahl dieser Briefe war an das Zentralkomitee der SED adressiert. Denn: Bis heute gibt es keine Adresse für die „Demokratisierungskommission“. Sie hat ihren Sitz im ZK der SED, aber es gibt sie faktisch nicht. Das mag vor allem daran liegen, daß man zum Zeitpunkt ihrer Gründung noch gar nicht wußte, welche Aufgaben Jendretzky und seine Mitgenossen einmal übernehmen sollten.

So hat man es sich recht leicht gemacht. Jedes Mitglied dieser Kommission übernimmt

die in sein eigentliches Ressort fallenden Aufgaben. Hilde Benjamin will Gesetzesverstöße im Justizapparat kontrollieren, Wollweber auf eine „den Gesetzen entsprechende Behandlung“ der SSD-Häftlinge achten und Jendretzky wird „Parteiverfahren überprüfen“. Der Rest aber, das in einer Flut von Briefen gebündelte Unrecht, wird von der „Nationalen Front“ erledigt!

### Was will „Nationale Front“?

Die „Nationale Front“ ist heute eine politisch tote Organisation. Ihre Aufgabenstellung war mit der von kommunistischer Seite erfolgten Stabilisierung der Spaltung erledigt. So stützt sie sich heute nur noch auf einige tausend „Wirkungsbereichsausschüsse“, in deren Rahmen sie die nichtorganisierte Sowjetzonenbevölkerung anzusprechen versucht.

Diese Wirkungsbereichsausschüsse sollen nun die „Demokratisierung“ der Zone gewährleisten. Sie haben die Aufgabe, alle an sie ergehenden Beschwerden und Wünsche „zu bearbeiten und gegebenenfalls weiterzuleiten“. Das heißt: Ist einem Bürger Unrecht geschehen, hat er sich an seinen zuständigen „Vertrauensmann“

zu wenden. Dieser existiert entweder in der Person seines „Haus-“ oder des „Straßenvertrauensmannes“. Hält dieser die Beschwerde für gerechtfertigt, wird er sie dem „Wirkungsbereichsausschuß“ mitteilen. Betrifft die Beschwerde einen Übelstand innerhalb der Gemeinde, wird der Fall „intern erledigt“. Handelt es sich um eine übergeordnete Sache, geht der Vorgang an den nächsthöheren Ausschuß der „Nationalen Front“, der ihn einer gleichrangigen SED-Stelle übergibt. Diese wird dann veranlassen, was in ihr Ermessen fällt.

So hat sich die „Nationale Front“ völlig zu Unrecht in die Rolle eines Anwalts der Bevölkerung hineingespielt. Wer die Zuständigkeitsbereiche in der Sowjetzone kennt, weiß, daß er auf diesem Weg niemals zu seinem Recht kommen kann. Aber: Die SED hat den Schein einer „Demokratisierung“ gewahrt und die „Nationale Front“ erhofft sich von diesem Manöver eine neue Aktivität ihrer unteren Instanzen.

### Nach Berlin schreiben!

Man sollte darum in keinem Fall die „Nationale Front“ und ihre „Wirkungsbereichsausschüsse“ einer besonderen Beachtung würdigen. Jede dort inszenierte „öffentliche Aussprache“ ist letztlich nichts anderes als eine getarnte SED-Versammlung für Nichtorganisierte. Wer Anklage gegen Willkürakte führen will, der schreibe getrost nach Berlin, an die nichtexistente Jendretzky-Kommission, per Adresse Zentralkomitee der SED! Hier hat sein Brief die meiste Aussicht, zumindest an eine höhere SED-Instanz weitergereicht zu werden. Alles andere heiße, es der SED zu leicht machen.



## „Bruderhand“ ist wieder da

DT. Die deutschen Sozialdemokraten sind heute das Ziel einer merkwürdigen Verbrüderungs-Propaganda der Kommunisten. Das begann bereits auf dem XX. Parteitag der KPdSU, wo Chruschtschow forderte, „die gegenseitigen Beschuldigungen einzustellen, Berührungspunkte zu finden und auf dieser Basis die Grundlagen für eine Zusammenarbeit zu entwickeln“. Er meinte, daß heute auch viele Sozialdemokraten für die Einheit der Arbeiterbewegung einträten, und fuhr fort: „Wir begrüßen diese Sozialdemokraten aufrichtig und sind bereit, alles zu tun, um unsere Bemühungen im Kampfe für die edle Sache der Verteidigung des Friedens und der Interessen der Werktätigen zu vereinen.“

Die Moskauer Parole, die Sozialdemokraten freundschaftlich zu umwerben, wird mit besonderem Eifer von den kommunistischen Machthabern in Pankow befolgt. Sie sprechen heute wieder ungefähr so, wie damals vor dem Betrug der „vereinten Hände“, der den Kommunisten in ihrer jämmerlichen Schwäche die zur Durchführung ihres Moskauer Auftrags notwendige Position in der Bevölkerung schaffen sollte. Bald danach erfolgte dann — selbstverständlich unter Bruch aller vorher gemachten Zusagen — die Verfemung des „Sozialdemokratismus“ als eines der schwersten Verbrechen gegen den Elendsstaat, der die Zukunft Deutschlands sein will.

### Propaganda der Trugbilder

Nun ist das alles wieder anders, und die kommunistische Kampagne und die Gunst der Sozialdemokraten in Berlin und in Westdeutschland ist in vollem Gange. Sie kommt allerdings auch aus den gleichen taktischen Überlegungen und dient den gleichen betrügerischen Zielen wie damals. Es ist, wie Ernst Lemmer auf der Berliner Landestagung der CDU erklärte, ein „unterirdischer

Zersetzungskrieg“ gegen die SPD. Hier in Berlin verfolgt er den Zweck, die Sozialdemokraten aus der gemeinsamen Front des Kampfes für die Freiheit Westberlins herauszubrechen. In der Bundesrepublik, wo die KPD in allen Wahlen allmählich auf einen dem Nullpunkt nahekommenen Prozentsatz reduziert worden ist, erstrebt er einen Zulauf aus den Anhängern der SPD zur Auffrischung der eigenen stark gelichteten Reihen. Auf diese Weise neu gestärkt, möchte die KPD die ihr von Moskau zugewiesene Rolle im politischen Leben der Bundesrepublik wieder übernehmen.

Zu diesem Zwecke versucht die SED, mit einer Propaganda der bewußten Täuschung den Eindruck zu erwecken, als ob in der Berliner und westdeutschen Sozialdemokratie eine gärende Bewegung entstanden sei, die eine Neuorientierung der Partei im Sinne eines engen Zusammengehens mit dem Pankower Kommunismus verlange. Was sie hierzu vorbringt, das sind allerdings nur phantasievolle Trugbilder. Hier spreche, so lobt das „Neue Deutschland“ die frei erfundene „Bewegung“, ein gewachsenes Klassenbewußtsein und sogar die Bereitschaft, „in zunehmendem Maße die DDR als Vergleichsmaßstab für erzielte Erfolge“ (!) heranzuziehen. Wenn nun, so fährt das Blatt fort, die sozialdemokratischen Genossen begonnen hätten, die gleichen Argumente zu vertreten wie die Kommunisten, so sei das ein Beweis dafür, wie richtig die Kommunisten handelten, wenn sie „für die Schaffung wirklich demokratischer Zustände in Westdeutschland“ (!) einträten. Es sei nur folgerichtig und verständlich, daß aus den Kreisen der SPD die Forderung nach Verhandlungen mit der DDR und insbesondere zwischen der SPD und der SED erhoben werde. Bisher habe der Parteivorstand der SPD solche Gespräche abgelehnt, — „wir werden aber nicht müde werden, den SPD-Genossen die *Bruderhand* zu reichen“.

Da ist sie also wieder, die Bruderhand, die bald nach der Vereinigung von 1946 in der Zone Zehntausende aufrechter

Sozialdemokraten in die Gefängnisse warf, auf die Flucht nach Westdeutschland trieb und allen den Glauben an die Möglichkeit einer demokratischen Gemeinschaft mit dem Kommunismus gründlich austrieb.

### Ein unlösbarer Gegensatz

Niemand hat das Recht, der SPD einen Vorwurf daraus zu machen, daß sie und ihre Anhänger gegenwärtig einer besonderen Werbung des Kommunismus ausgesetzt sind. Sie ist über den Verdacht erhaben, ein taugliches Objekt solcher Beeinflussung zu sein. Der gemeinsame Urgroßvater genügt hier nicht, nachdem ihm Lenin und Stalingefolgt sind. Es kann zwischen dem demokratischen Sozialismus und dem totalitären Kommunismus keine Zusammenarbeit geben — selbst wenn ihre früheren Begegnungen nicht von schmerzlichen Erfahrungen und blutigen Opfern gekennzeichnet wären. Den unlösbaren Gegensatz, der hier besteht, hat der Bonner Theologe Prof. Dr. Gollwitzer dieser Tage in der Diskussion einer evangelischen Akademie noch anders formuliert, indem er es als das geschichtliche Verdienst der deutschen Sozialdemokraten bezeichnete, daß unser Arbeiter nicht wie der in Frankreich oder Italien kommunistisch geworden sei. Man muß dieses Verdienst anerkennen, auch wenn es gewiß ist, daß andere politische Kräfte in Deutschland an ihm einen maßgeblichen Anteil haben.

Gerade im Sinne dieser geschichtlichen Wertung schließt der propagandistische Ansturm der Kommunisten gegen die SPD in Berlin und in der Bundesrepublik ein deutsches und gesamtdeutsches Interesse ein, dessen kämpferische Wahrung uns allen gemeinsam am Herzen liegt. Dr. Krone hat das auf der Berliner Landestagung seiner Partei mit der Feststellung zum Ausdruck gebracht, daß wir in allen Parteien darüber einig seien, daß der Kommunismus nicht die Lebensform des deutschen Volkes sei und sein könne. Diese Übereinstimmung ist und bleibt die wichtigste Kraft der deutschen Politik.

(Fortsetzung auf Seite 7)



## Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender an folgende Adresse zu schicken:

Herrn E. Regni

Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Falls Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag an die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

## Arbeitslosenzahl sinkt rapide

Eine Million Beschäftigte mehr als im März 1955

Nürnberg. (AP/DPA). Die Zahl der beschäftigten Arbeiter, Angestellten und Beamten in der Bundesrepublik ist vom 31. Dezember 1955 bis zum 31. März 1956 um 145 631 auf 17 529 629 angestiegen.

Die anhaltende günstige Konjunktur in fast allen Wirtschaftsbereichen und der starke Bauüberhang lassen nach Ansicht der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung darauf schließen, daß der im September vergangenen Jahres verzeichnete Beschäftigtenhöchststand

## Koalition geschlossen für Wehrpflicht

Nur Länge der Dienstzeit noch ungeklärt

Bonn (Eigenmeldung). Die Bundesregierung und die CDU/CSU haben in ihrem Kampf um die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht einen Bundesgenossen gewonnen. Überraschend sprachen sich der wehrpolitische Ausschuß und die Bundestagsfraktion der Deutschen Partei für die Wehrpflicht aus. Gleichzeitig entschieden sich die beiden Gremien der Deutschen Partei auch für eine achtzehnmonatige Grundausbildung der Wehrpflichtigen.

Mit diesen Beschlüssen ist die Einheitlichkeit der Bonner Regierungskoalition in bezug auf die Frage der Wehrpflicht wiederhergestellt.

Auch die 16 Minister und Abgeordneten, die aus der FDP-Fraktion ausgeschieden sind, treten für die Wehrpflicht ein. Meinungsverschiedenheiten gibt es innerhalb des Regierungslagers jetzt nur noch in bezug auf die Dauer der Dienstpflicht. Ein Teil der CDU/CSU ist für eine Begrenzung auf 12 Monate.

Im Zusammenhang mit dem Problem der allgemeinen Wehrpflicht, die von SPD, FDP und BHE abgelehnt wird, kam in Bonn eine lebhafte Diskussion über die Frage auf, ob die Bundesrepublik vertraglich verpflichtet sei, 500 000 Soldaten unter Waffen zu halten. Von der Bundesregierung wurde darauf hingewiesen, daß diese Verpflichtung nicht im Atlantikpakt oder im Vertrag über die Westeuropäische Union enthalten sei, wohl aber in dem bisher geheimgehaltenen „Accord Special“, der zusammen mit dem EVG-Vertrag abgeschlossen worden war, aber trotz des Scheiterns dieses Vertrages auch heute noch die Grundlage der militärischen Abmachungen zwischen der Bundesregierung und den alliierten Mächten bildet. Ein Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums bezeichnete dieses Spezialabkommen als einen Regierungsvertrag.

Von der SPD wurden lebhafte Zweifel angemeldet, ob ein solcher Regierungsvertrag, vor allem, wenn er geheim sei, eine Verpflichtung für das Parlament bilden könne, für die Aufstellung einer entsprechenden Armee zu sorgen.

## Kominform aufgelöst

Moskau (AP/DPA). Der erst stellvertretende sowjetische Ministerpräsident Mikojan gab die Auflösung des im Jahre 1947 gegründeten Kominform (Kommunistisches Informationsbüro) bekannt, in dem unter Führung der Sowjetunion die kommunistischen Parteien des Ostblocks sowie Frankreichs und Italiens zusammengefaßt waren. Auch das Kominform-Organ, die Zeitung „Für dauerhaften Frieden und Volksdemokratie“, hat sein Erscheinen eingestellt.

## Wiedervereinigung vor Abrüstung!

Feststellung des US-Außenministers vor der Presse

Washington (AP/DPA). Der amerikanische Außenminister Dulles nahm auf die Anfrage eines Pressevertreters zu dem Interview des französischen Ministerpräsidenten mit einer amerikanischen Zeitung über die Wiedervereinigung Deutschlands Stellung. Gegenüber Mollet, der einen Vorrang der Abrüstung vor der Wiedervereinigung Deutschlands forderte, erklärte Dulles nochmals, daß nach seiner Ansicht die westlichen Alliierten richtig handelten, wenn

sie bei Verhandlungen mit der Sowjetunion darauf bestehen, daß das Problem der Wiedervereinigung den Vorrang vor der Abrüstung haben müsse.

Der Delegierte der Vereinigten Staaten bei den Londoner Abrüstungsverhandlungen, Harold Stassen, wird in Paris mit dem französischen Ministerpräsidenten Guy Mollet über das Abrüstungsproblem und die bisherigen Ergebnisse der Beratungen des UNO Unterausschusses sprechen.



## Tscherwenkoff ausgebootet

Und was geschieht mit Ulbricht?

DT. Zu Stalins Zeiten wurden unliebsame Parteigrößen liquidiert, entweder stillschweigend ohne viel Federlesens oder, entsprechend präpariert, in einem Schauprozeß. Jetzt gibt man sich im Ostblock humaner. In dieser nach- und anti-stalinistischen Epoche vergilt man nicht Gleiches mit Gleichem. Wenn jetzt ein Prominenter „reif“ ist und am neu gedüngten Baum der Partei nur noch als schwere Last hängt, schüttelt man ihn ab, man wahrt ein volks-„demokratisches“ Gesicht: man läßt den Delinquenten hoch offiziell vor dem Parlament seinen Rücktritt einreichen. Genosse Tscherwenkoff, seit 1950 Bulgariens Ministerpräsident, hat sich als erster Stalinanhänger und langjähriger Zelebrant des Personenkultes auf diese neue Art in die Versenkung zu verfügen. Wahrscheinlich rettet er damit Gesundheit und Leben.

Doch diese Überlegungen sind zweitrangig. Hier erhebt sich vor allem die Frage, ob der Fall Tscherwenkoff als abschreckende Wirkung auf alle Stalinanhänger eine Einmaligkeit bleibt, oder ob er Anfang ist für eine Reihe ähnlicher Fälle kommunistischer Wiedergutmachung in den übrigen Volksdemokratien. Die zweite Möglichkeit würde logischer wirken und überzeugender dafür, daß es Moskau in seinem gesamten Machtbereich mit der Beseitigung des Stalinkultes und seiner übriggebliebenen, belasteten Experten ernst meint. Natürlich würde sich dieser Übergang zur nachstalinistischen Epoche durch konsequente Säuberung des Funktionärkörpers sozusagen behutsam vollziehen. Das ist jedenfalls schon jetzt zu beobachten: man hat nach und nach die früher Verurteilten und Hingerichteten rehabilitiert, hat sich zunächst auf so unvergessene Prominente wie Kostow und Rajk beschränkt, während noch unzählige Opfer des Stalinterrors in den Zuchthäusern sitzen. Dieser Rehabilitierungsprozeß läuft und wird hoffentlich nicht so bald abgeschlossen. Noch viel langsamer aber läuft nebenher

ein allmähliches Ausschalten der bisher tätigen Stalinisten. In Bulgarien war das Ausbooten Tscherwenkoffs insofern einfach, als er „nur“ Ministerpräsident war und kein Parteiamt mehr bekleidete. Also konnte die bulgarische KP gegen ihn schießen, ohne sich selbst sonderlich dabei zu verletzen.

In anderen Volksdemokratien ist das nicht so. Wenn beispielsweise in der Ostzone der treueste und entschiedenste Verfechter des Stalinismus verschwinden würde, dann beträfe das nicht nur den stellvertretenden Ministerpräsidenten, sondern gleichzeitig auch den 1. Parteisekretär. Nicht umsonst haben die Anhänger Ulbrichts auf dem SED-Parteikongreß so demonstrativ für ihn gesprochen. Sie versuchen, Ulbricht zu halten, weil sein Rücktritt angeblich der Partei schaden könnte, wobei dahingestellt sein soll, ob der SED durch die Person des wegen seines Personenkultes gefürchteten 1. Sekretärs mehr Nutzen und Ansehen als Schaden und Haß entstanden sind. Das entscheidende Wort wird jedenfalls in Moskau gesprochen. Und das wird irgendwann geschehen, so oder so. Auch die Beseitigung Tscherwenkoffs erfolgte nach vorliegenden Meldungen auf ausdrücklichen Befehl Moskaus

## Österreich jetzt im Europarat

Straßburg (AP). Die Straßburger Tagung des Europarates stand im Zeichen der feierlichen Aufnahme Österreichs und der Wahl des belgischen sozialistischen Senators Dehousse zum neuen Präsidenten der Beratenden Versammlung. Vizepräsident wurde erneut der deutsche Abgeordnete Kiesinger (CDU).

Der österreichische Außenminister Figl betonte vor der Beratenden Versammlung des Europarates nachdrücklich die „ewige Neutralität“ Österreichs.

gegen das verständliche „Abraten“ jener bulgarischen Funktionäre, die mit Tscherwenkoff liiert waren. Ob die Säuberungsaktion im Ostblock erst beginnt oder ob sie mit Tscherwenkoff bereits zu einem gewissen Abschluß gebracht wurde, ist keine interne kommunistische Angelegenheit. Sie ist für die Welt ein Prüfstein, ob sich tatsächlich das politische Klima im Ostblock ändert, was die Sowjets offensichtlich der Welt klarmachen möchten. Das Säubern im fernen Bulgarien genügt hierfür keinesfalls. Die näherliegende Sowjetzone bleibt schärfer im Blickfeld.

## Der „kaltblütigste Verrat“ der Geschichte

Britischer Luftmarschall beschuldigt Bulgarien

Königswinter (Eigenmeldung). Schwere Anschuldigungen gegen Bulgarien, den er für den „kaltblütigsten Verrat der gesamten Kriegsgeschichte“ verantwortlich machte, hat der frühere britische Luftmarschall Sir John Slessor anlässlich des deutsch-englischen Gesprächs in Königswinter erhoben. Er nahm dabei Bezug auf den Aufstand der polnischen Untergrundbewegung in Warschau 1944 gegen die deutsche Besatzung, wobei es die Sowjets unterlassen hatten, den Polen zu helfen.

Slessor, der zu diesem Zeitpunkt Oberbefehlshaber der alliierten Luftstreitkräfte im

Mittelmeerraum und für die Versorgung der polnischen Aufständischen auf dem Luftwege verantwortlich war, sagte: „Es war vor zwölf Jahren meine unglückliche Aufgabe, die Armee des polnischen Generals Bor-Komorowski über 800 Kilometer hinweg zu versorgen, während der andere sogenannte Alliierte (die Sowjets) in den Vorstädten Warschaus stand.“ Verantwortlich für diesen Verrat sei Bulgarien gewesen, der zu jener Zeit stellvertretender Verteidigungsminister war. Der Warschauer Aufstand wurde von den deutschen Truppen niedergeschlagen, wobei die sowjetischen Truppen tatenlos zusahen.



So sind sie wirklich!

## Der Elefant im Ministerrat

### KARL MARON

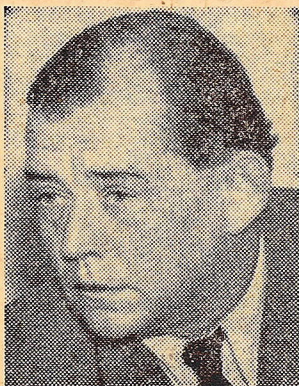
Wollte man die sowjetzonalen Minister nach politischer Geschicklichkeit und diplomatischem Taktgefühl beurteilen, würde Innenminister Karl Maron als hoffnungsloser Außenreiter laufen. Er ist der „Elefant im Ministerrat“. Sein jüngstes Husarenstück ist die „Kirchenkampf-Erklärung“ vom vergangenen Februar, die er allen Geistlichen der Zone vorzulesen befahl. Der Herr Minister ordnete dazu an, die örtlichen Gemeindevertreter hätten einfach die Pfarrer vorzuladen und ihnen den Text seiner Erklärung zu verlesen. Und Maron war baß erstaunt, als alle Geistlichen diese Unverschämtheit ignorierten.

Inzwischen haben sich die unteren Instanzen zum Teil für diese Flegelei entschuldigen müssen. Eine Order, die nicht auf Maron zurückzuführen ist. Der 53jährige ehemalige Siemens-Schlosser hätte, ginge es nach ihm, eher einige Pfarrer eingesperrt.

Maron hat einen für kommunistische Funktionäre eigenartigen Weg genommen. Seit 1920 Gewerkschaftler, lernte er die Kommunisten als Vorsitzender eines Athletenklubs in gemeinsamen Straßenschlachten kennen. Erst 1925 jedoch nahm er auch das Parteibuch seiner Straßenkampf-Kollegen an. Die KPD beließ ihn als Arbeitersportfunktionär und übertrug ihm die Radikalisierung des „Fichte-Vereins“, dessen Vorsitzender Maron 1932 wurde. Unter seiner Führung entwickelte sich aus dem alten Arbeitersportverein eine kommunistische Kaderorganisation mit zweifelhaften Nebeninteressen.

#### „Mal Journalist gewesen ..“

1934 emigrierte Maron nach Dänemark, um 1935 endgültig in die Sowjetunion überzusiedeln. Von hier aus knüpfte er nachrichtendienstliche Fäden zu linksgerichteten Sportorganisa-



tionen West- und Südosteuropas. 1943 steckten ihn die Sowjets in das „Nationalkomitee Freies Deutschland“, wo er als Stellvertreter des inzwischen abgebauten Rudolf Herrnstadt die schwarz-weiß-rot umrandete „Soldatenzeitung“ zu redigieren hatte. Noch heute pflegt Maron sowjetzonalen Journalisten gegenüber jovial zu betonen: „Auch mal bei der Presse gewesen...!“

Nach Berlin kam Maron 1945 mit der dritten Garnitur. Als Schatten des ersten von den Sowjets eingesetzten „Oberbürgermeisters“ Dr. Werner machte er sich hauptsächlich um den Aufbau der politischen Polizei K 5 verdient. Die Wahlniederlage der SED im Oktober 1946 fegte ihn aus seinem Amt. Als kleiner SED-Abgeordneter drohte er in der Versenkung zu verschwinden. Unklaren Angaben zufolge arbeitete Maron in dieser Zeit mit Sonderauftrag für die russische Kommandantur. Nach der Spaltung Berlins wurde Maron als „Stadtrat für Wirtschaft“ eingesetzt. 1949, im Zuge der ersten Parteisäuberung gegen Lex Ende, Paul Merker und andere, holte der neue Zentralorganchef Herrnstadt seinen Emigrationsgefährten Maron als „Organisator der

Volkskorrespondentenbewegung“ in das „Neue Deutschland“.

Marons große Karriere begann nach dem mysteriösen Tod des damaligen Innenministers Kurt Fischer 1950 mit der Ernennung zum „Chef der Hauptverwaltung der Deutschen Volkspolizei“. Als Generalleutnant kommandierte Maron die gesamte bewaffnete Sowjetzonenmacht einschließlich Armee und Staatssicherheitsdienst.

#### „Straßenkampf-Athlet“

Diese Machtkonzentration hat Maron keine Freude gebracht, und er hat sie auch nach und nach an andere abgetreten. Viele Kommunisten haben sich seither gefragt, ob dem Straßenkampf-Athleten während der vergangenen Jahre interner Parteikrisen jemals zum Bewußtsein gekommen sein mag, daß er, Maron, über die größte Machtkonzentration im Sowjetzonenstaat verfügte. Maron hat es vermutlich nicht gemerkt. Und wenn, er hätte nichts damit anzufangen gewußt. Maron gehört zu jenem Athletentyp, der bei größter Kraftkonzentration niemals weiß, was man mit der Macht eigentlich anfangen kann. Ihr Machtgefühl äußert sich täppisch und rein impulsiv. In seiner noch nicht alten Stellung als „DDR-Innenminister“ hat Maron dies unter Beweis gestellt. Er ritt Attacken gegen Pfarrer und Bürgermeister, schikanierte Interzonenreisende und Grenzpolizisten, je nach Laune und Machtgefühl. Seine Ernennung zum Innenminister blieb selbst alten Genossen rätselhaft. Maron ist weder intelligent noch grausam, weder mißtrauisch noch diplomatisch genug. Das Porzellan, das er bereits zerschlug, hat die SED kittern müssen, und sie tat es ohne Vorwurf gegen den Genossen Maron. Es scheint, als sei dieser Innenminister-Posten gerade wegen seiner Gefährlichkeit für die Dummheit prädestiniert.



## Der Umfall des Genossen Hermlin

„Nie reimt sich Liebe auf Beflissenheit . . .“

Unter dem Titel „Du Welt im Licht — Stalin im Werk deutscher Schriftsteller“ brachte 1954 der kommunistische „Aufbau-Verlag“ eine Sammlung denkwürdiger Gedichte und Erzählungen heraus. Sowjetzonalen Schriftsteller und Literaten hatten hier Lobgesänge auf Stalin zusammengetragen, die unter dem lyrischen Motto Johannes K. Becher standen: „Stalin — Dein Name ist im Weltraum eingetragen, wie der Gestirne Schein und Widerschein . . .“ Inzwischen haben die weniger lyrischen Sowjetastrologen ihren Stalin recht unsanft aus den Gestirnen herausgepickt, und die Stalin-Sammlung des Aufbau-Verlags ist stillschweigend zurückgezogen worden. Die Literaten aber schweigen beschämt, bis auf einen: Stephan Hermlin.

Hermlin war mit drei Beiträgen in diesem Band vertreten. Der Ausklang des schönsten von ihnen lautete:

„Aus dem unendlichen Raunen von Inseln und Ländern / hebt das Entzücken sich mit seiner Botschaft dahin, / wo die Verheißungen leben und die Epochen verändern, / namenlos sich die Zeit endlich selbst nennt: „STALIN!““

Jetzt hat sich Stephan Hermlin ziemlich unbemerkt von der Öffentlichkeit in einem kleinen Gedicht revidiert. Die „Kultur- und Sonntag“ hat diese Verse an bescheidener Stelle abgedruckt. Sie betiteln sich: „Epilog 1956 zu dem Stalingedicht von 1949“.

„Im Stich läßt mich der Zukunft Prosodie! Nie reimt sich Liebe auf Beflissenheit, und liebend gibt sich Liebe keine Blöße. Was sie gemeint, wächst herrlich mit der Zeit, Hinlauschend in der Klassenschlacht Getöse, seh' ich die künftige Gemeinsamkeit, gedenkend seines Irrs, seiner Größe . . .“

Es ist dies der erste Versuch überhaupt, sich lyrisch von früheren Stalin-Epen zu distanzieren. Hier wird das neue Prinzip der kollektiven Leitung ausgerechnet von einem Stalin-Enthusiasten gereimt verfochten. Und es mag manchen SED-Barden einschließend seines Kulturministers Becher arg geärgert haben, daß er sich nicht früher auf eine derartige Rehabilitation in Versen besann.

Mag der Neid seiner Kollegen aber diesem Hermlin auch zu gute halten, daß er vom Sturz Stalins am härtesten Betroffenen ist. Von insgesamt 13 Bitchern und Traktätchen Hermlins fal-

len nach der neuen Linie glatte sieben unter den Index-Paragrafen. In ihnen nämlich hat Hermlin seinen Stalin dargestellt: 1. als einzigen wahren Feldherrn und Sieger im 2. Weltkrieg, 2. als einen selbst Lenins überragenden Parteitheoretiker, 3. als einzigen Initiator aller sowjetischen Fünf-Jahres-Pläne. Im „Weg der Bolschewiki“, einem jetzt von der FDJ als „Schulungsliteratur“ abgesetzten Band, verleugnet Hermlin überhaupt die Mithilfe sowjetischer Generale und Militärwissenschaftler am Kriegsausgang und schreibt die Initiative aller militärischen Opera-

tionen und ihrer Durchführung einzig Stalin zu. In der „Zeit der Gemeinsamkeit“ wird Stalin sogar zum Führer und Initiator der französischen Widerstandsbewegung „Maquis“ und im „Kampf um eine deutsche Nationalliteratur“ dankt Hermlin seinem Stalin, daß dieser es überhaupt erst ermöglichte, nach 1945 noch „deutsche Kultur“ am Leben zu belassen. Von Hermlin stammt sogar das Zitat: „Ohne Stalin wäre ein Weiterexistieren der Menschheit nach 1933 nicht mehr lohnend gewesen!“

Zwei Nationalpreise und die Mitgliedschaft in der Akademie Deutscher Künste Ostberlins stehen jetzt für Hermlin auf dem Spiel. Auf dem Schriftstellerkongreß im Mai 1952 sah es fast so aus, als würde Hermlin sogar Kultusminister Becher aus seinem Sattel als Kulturpapst heben. Nun dieser Sturz — von der FDJ-Pflichtliteratur auf den Index! „Im Stich gelassen von der Zukunft Prosodie“, kämpft ein stalinscher Literat um das geistige Weiterleben, wo ihm einst sogar das physische ohne Stalin nicht mehr lohnend schien . . .

## Das Recht auf Einheit

**Straßburg: Wesentliches Ziel der westlichen Politik**

Straßburg (DPA). Der Politische Ausschuß der Beratenden Versammlung des Europarates hat sein Programm für die westliche Politik durch einen Zusatz ergänzt, in dem die deutsche Wiedervereinigung ausdrücklich zum „wesentlichen Ziel“ der westlichen Politik erklärt wird. Auch der Berichtserstatter des Politischen Ausschusses, der Italiener Benvenuto, betonte nachdrücklich die Bedeutung der Einheit Deutschlands in der westlichen Politik. Er sagte: „Der Westen kämpft in seiner gesamten Politik immer für die deutsche Wiedervereinigung. Jedes Volk hat das Recht auf Freiheit und Einheit.“

## Oder-Neiße-Linie nicht anerkannt

Bonn (KNA). Der Vatikan erkennt auf Grund des Reichskonkordates, das für ganz Deutschland gilt, nach wie vor die deutschen Ostgebiete als rechtlich zu Deutschland gehörend an. Das offizielle Päpst-

liche Jahrbuch 1956 nennt u. a. als zu Deutschland gehörig die Erzdiözese Breslau, die Diözese Ermland in Ostpreußen und die freie Prälatur Schneidemühl. Zu Polen werden nur die Gebiete außerhalb der deutschen Grenzen von 1937 gezählt.

## 219 Aussiedler eingetroffen

Friedland (AP/DPA). Ein neuer Transport mit 219 Frauen, Männern und Kindern aus den polnisch-verwalteten deutschen Ostgebieten ist in Friedland eingetroffen. Die Aussiedler kamen aus Pommern, Ostpreußen und Schlesien.

Eine 44jährige Frau, die dem Transport angehörte, erzählte, sie sei seit 1950 von einem polnischen Gericht zu zwölf Jahren Gefängnis verurteilt worden, weil ein Brief an ihre westdeutschen Verwandten in der Presse der Bundesrepublik veröffentlicht wurde. Nach Verbüßung der Hälfte ihrer Strafe wurde sie überraschend amnestiert und entlassen.



## Neu-Altona — Stadt in der Millionenstadt

Das größte Bauprojekt in der Bundesrepublik

Hamburg, im April (Eigenbericht). Neu-Altona — das ist die größte Baustelle in der Bundesrepublik. Auf einem 210 Hektar großen Gebiet soll eine komplette und hochmoderne „Stadt in der Millionenstadt“ Hamburg entstehen. 11 750 Wohnungen für 36 600 Menschen werden in dem zu 60 Prozent durch Bomben zerstörten Viertel zwischen Reeperbahn und Bahnhof Altona errichtet. Bürgermeister Dr. Sieveking legte kürzlich den Grundstein zu dem Mammutprojekt.

Die Planer, an ihrer Spitze der bekannte Städtebauer Prof. Hebebrand, haben für die Arbeiten vier Abschnitte vorgesehen. Gesamtdauer: 20 Jahre. Ganze Straßenzüge werden dabei ausradiert, über 3000 alte Wohnungen rigoros abgerissen.

Der Initiator dieses Riesenvorhabens ist der berühmte Architekt und Städtebauer Dr. Ernst May, heute Chefplaner der Baugesellschaft „Neue Heimat“. Er kam nach Hamburg, um aus dem zerbombten Altona einen vorbildlichen Stadtteil aus einem Guß zu machen. Sein Entwurf ist zwar geändert worden, trotzdem war er der Motor der Arbeiten. Zunächst sollen drei breite Schneisen durch das

Wohngebiet gebrochen werden. Um den Autoverkehr möglichst flüssig zu halten und nicht durch Straßenbahnen zu behindern, sind drei neue U-Bahn-Linien für Neu-Altona vorgesehen.

Ein breiter Grüngürtel wird vom Elbuferhang ausgehend den ganzen Stadtteil umfassen. Die Große Bergstraße, jetzt die Hauptverkehrsader von Altona, wird stillgelegt und in ein neuzeitliches Ladenzentrum ohne Fahrbahn verwandelt. Die Gewerbebetriebe wollen die Planer so zusammenfassen, daß sie die Bevölkerung nicht belästigen können.

Überwiegend wird drei- und vierstöckig gebaut. Etwa zehn

### SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2. Druck: W. Büxenstein, GmbH.

Prozent der Wohnungen liegen in Hochhäusern bis zu 14 Stockwerken am Elbufer. Auf jede dritte Wohnung kommt eine Garage beziehungsweise Parkmöglichkeit.

## „Bruderhand“ ist wieder da

Fortsetzung von Seite 2

### Die „Berührungspunkte“

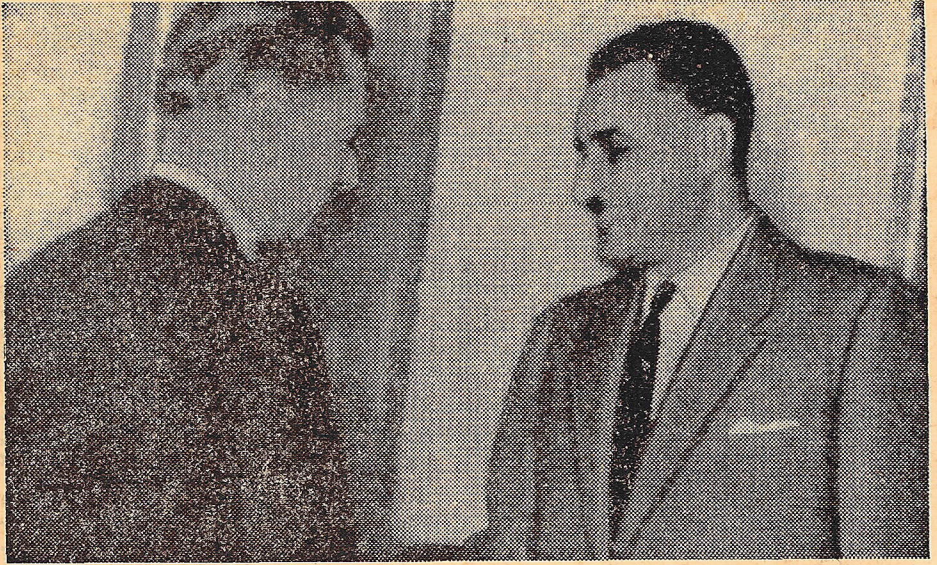
Nun ist das propagandistische Unternehmen des Kommunismus nach allem, was die demokratischen Sozialisten in einem fast 40jährigen Kampfe erlebt und erlitten haben, um schließlich auf deutschem Boden über ihn zu triumphieren, mehr lächerlich als dramatisch. Die SPD wird mit ihm fertig werden. Dennoch sollte sie wachsam darauf achten, daß von ihr selbst nichts geschieht, was ihm — wenn auch ungewollt — Vorschub leisten könnte. Die Empfehlung Chruschtschows, daß es darauf ankomme, zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten „Berührungspunkte“ zu finden, ist eine Warnung. Die SPD steht zur Bundesregierung in Opposition, und wir haben Verständnis dafür, daß sie diese Opposition in allen Richtungs- und Überzeugungsfragen kräftig handhabt. Hier gibt es indessen eine sachliche und

sprachliche Grenze, die leider oft in dem Drange überschritten wird, möglichst aggressiv zu formulieren und sogar Unmögliches zu vertreten. Das kann leider die verhängnisvolle Folge haben, daß das politische Bewußtsein vieler Anhänger der SPD getrübt und verwirrt wird, und so jene „Berührungspunkte“ entstehen, auf die Chruschtschow seine Hoffnungen setzt.

Wenn, wie es leider geschehen ist, die Bundesregierung unhaltbar beschuldigt wird, undemokratisch und sogar antidemokratisch zu handeln oder die Wiedervereinigung nicht zu wollen oder sie durch ihre Politik schuldhaft versäumt zu haben, dann können psychologische Wirkungen eintreten, aus denen sich gefährliche Berührungspunkte mit der kommunistischen Aktion ergeben. Der manchen lockende und schließlich auch für die SPD gefährliche Unterschied liegt dann nur noch darin, daß Pankow das alles noch viel „schöner“ und deutlicher sagt.

Gerade wegen solcher Gefahren muß man auch von der SPD einen echten Beitrag zur Entgiftung der Auseinandersetzung um die Politik der Wiedervereinigung erwarten. Das wäre für sie zugleich eine Sicherung gegen die propagandistische Aggression der Kommunisten, die nicht zuletzt von diesem innerdeutschen Gegensatz und seiner Zuspitzung durch die SPD lebt. Man sollte endlich den Schlußstrich unter die umstrittene Vergangenheit ziehen. Weder die SPD noch ihre politischen Gegner können einen mathematisch sicheren Beweis für frühere Möglichkeiten oder die anhaltende Unmöglichkeit einer Lösung der Deutschlandfrage erbringen. Hier wird erst die Geschichte einmal urteilen. Fruchtbare als die sinnlose Polemik würde der längst fällige Entschluß sein, den weiteren außenpolitischen Weg zur Wiedervereinigung möglichst gemeinsam zu gehen. Es wird auf diesem Wege bereits in nächster Zeit nicht an Ereignissen fehlen, die eine solche Gemeinschaft mit immer stärkerem Nachdruck fordern.





**BILDER DER WOCHE.** Oben: Auf Friedensmission im Nahen Osten, Der UN-Generalsekretär Hammarskjöld (links) wird vom ägyptischen Ministerpräsidenten Nasser begrüßt. — Unten: So rettete der Pilot eines im Hafen von Genua notgelandeten britischen Flugbootes die Passagiere. Alle an Bord befindlichen Männer mußten auf der rechten Tragfläche Platz nehmen, um das Flugzeug so lange im Gleichgewicht zu halten, bis Rettungsboote zur Stelle waren.

